



In Zusammenarbeit mit dem Bund der Neusiedlererben -BNE-

Presseerklärung

Endlich Hoffnung für Neusiedler-Erben

Am Mittwoch, den 27. Januar wird nach jahrelanger Verzögerung im Potsdamer Landtag aller Voraussicht nach die Aufarbeitung des sogen. „Bodenreform-Unrechts“ bei den Neusiedler-Erben aufgrund eines Antrags der drei Koalitionsfraktionen formell beschlossen. In einem 4-Punkte-Programm werden die Landesregierung und speziell das Finanzministerium zur sofortigen Regelung verpflichtet, das bestehende Unrecht der Enteignung tausender Bodenreform-Grundstücke durch das Land zu beseitigen, auch durch Rückübertragung widerrechtlich weggenommener Grundstücke.

Hierzu war das Land Brandenburg bereits im **Dezember 2007** in einem viel beachteten Urteil des Bundesgerichtshofs aufgefordert worden, der dem Land sittenwidriges Verhalten vorhielt und die Enteignungspraxis als „nichtig“ einstufte. - Erst jetzt werden, nach mehreren Anläufen besonders durch die Grünen-Fraktion und die CDU- also ernsthafte Schritte zu einer angemessenen Korrektur mit der Umsetzung des Antrags der Regierungsfractionen unternommen.

Mit Bedauern über die Verschleppung einer gerechteren Lösung über 13 Jahre begrüßt dennoch der Bund der Neusiedler-Erben unter dem Dach der Aktionsgemeinschaft die neue positive Entwicklung.

„Es ist traurig, dass zahlreiche Neusiedler oder deren Erben diese späte Wendung nicht mehr erleben können- sie hatte oft Jahrzehnte auf Gerechtigkeit gehofft,“ sagte der ARE-Bundesvorsitzende Manfred Graf von Schwerin am letzten Montag im ARE-Zentrum Plänitz bei Neustadt (Dosse) und fügte hinzu: „Umso dringender ist jetzt die Suche nach unbekanntem Erben durch professionelle Erbenermittler, was wir seit über 13 Jahren fordern. Außerdem ist keine Zeit mehr zu verlieren bei der Prüfung, welche widerrechtlich im Landesbesitz befindlichen Bodenreform-Grundstücke rückübertragen werden müssen-. Es sind sehr viele.“ ergänzte der ARE-Vorsitzende. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird beim ARE-Zusammenschluss die Zusage registriert, eine Ansprechstelle einzurichten, um den Betroffenen Informationen und Beratung anzubieten. „Hierbei sind wir gern zur Unterstützung bereit -objektiv, fachlich korrekt und neutral“ so von Schwerins Angebot an die Landesregierung.

Einigkeit zwischen der Politik und den Betroffenen besteht offenbar mit dem neuerlich verkündeten Versprechen der Koalition, bis 2023 endgültig die Aufarbeitung des schweren Unrechts abzuschließen. „Dieser schwere, für Brandenburg peinliche Sündenfall muss jetzt ein Ende haben“ so der ARE-Chef abschließend.